

Die Politik J. B. v. Schweizers und die Sozialdemokratie.

Von G. Laufenberg.

Vor bemerkung. Wie vorauszu sehen, ist die Darstellung, die Bebel in seinen Denkwürdigkeiten von Schweizer gibt, auf Widerspruch gestoßen. Nachdem mir die Arbeiten zum ersten Bande der Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgegend eine eingehende Nachprüfung der einschlägigen Zeitdokumente auferlegten, vermag auch ich mich nicht zu Bebel's Urteil über Schweizers Person und Politik zu bekennen. Ursprünglich plante ich eine eingehende Kritik der von Bebel hervorgehobenen „Indizien“, sehe jedoch in diesem Zusammenhang von der persönlichen Seite ab, um die Abhandlung nicht über Gebühr auszudehnen und das Interesse des Lesers voll und ganz auf den Punkt zu konzentrieren, der mir bei der Kontroverse über Schweizer als der ausschlaggebende erscheint. Ich behalte mir dabei vor, gelegentlich auf Schweizers Person zurückzukommen.

I.

Die Entdeckung der kalifornischen Goldminen hatte den europäischen, entschiedener noch den amerikanischen Kapitalismus vorwärts getrieben. Das industrielle Kapital der Nordstaaten der Union griff nach den Küsten des Stillen Ozeans hinüber, schwang sich sprunghaft zum Rivalen Englands empor, ließ in jähem Laufe die bis dahin überwiegende Agrarproduktion an Korn und Fleisch für die Plantagenstaaten des Südens hinter sich zu einer Zeit, wo die europäische Einwanderung zu stocken begann, dem Baumwollmonopol der Südstaaten auf dem Weltmarkt die ersten Konkurrenten erwachsen waren. Der Mangel an Freizügigkeit, der in den Südstaaten zahlreiche Hände an die Scholle gefesselt hielt, vereinbarte sich nicht mehr mit den Bedürfnissen des industriellen Profits, und die rückständige Sklavenwirtschaft jener erschien als eine Gefährdung der Weltstellung Amerikas. Der Krieg, der zwischen den Nord- und Südstaaten der Union um die Sklavenemanzipation entbrannte, hatte das Eingeständnis zur Grundlage, daß die kapitalistische Produktion sich zur weltbeherrschenden nur zu erheben vermag auf dem Grunde freier Lohnarbeit, der Gleichberechtigung des Arbeiters innerhalb der modernen Gesellschaft. Wie gewichtig die englische Zehnstundenbill, das erste Eingreifen der Staatsgewalt in den kapitalistischen Produktionsprozeß zugunsten der Arbeitskraft, als Sieg eines Prinzips, wie eindringlich die Lehre der englischen Kooperativbewegung, daß Produktion auf großer Stufenleiter im Einklang mit moderner Technik möglich sei ohne die Existenz einer Kapitalistenklasse — die Erkenntnis, die der Kampf um die Sklavenbefreiung predigte, war ungleich gewichtiger, eindringlicher und bedeutsamer. War das Bürgerrecht des Arbeiters ein Bedingnis geworden der industriellen Produktion selbst, dann war die Emanzipation der Arbeiterklasse fortan eine gesellschaftliche, eine unabweissbare geschichtliche Notwendigkeit. „Wie der amerikanische Unabhängigkeitskrieg des achtzehnten Jahrhunderts die Sturmglöcke für die europäische Mittelklasse läutete, so der amerikanische Bürgerkrieg des neunzehnten Jahrhunderts für die europäische Arbeiterklasse.“

Das Spekulationsfieber, welches der nordamerikanische Krieg entzündete, die sich überstürzende Entfaltung der Arbeitsmaschinerie, die

Energie, womit die große Industrie ihre Unternehmungen ausdehnte und sich zahlreicher neuer Gebiete des Erwerbslebens bemächtigte, zwangen zunächst England zu höchster Kraftanspannung. „Wer hätte 1860, im Zenithjahr der englischen Baumwollindustrie, die galoppierende Verbesserung der Maschinerie und die entsprechende Deplacierung von Handarbeit geahnt, welche die drei folgenden Jahre unter dem Stachel des amerikanischen Bürgerkriegs hervorriefen?“ Binnen sieben Jahren verschwanden in Großbritannien infolge technischer Verbollkommnungen 388 Baumwollfabriken, sank die Zahl der Dampfwebstühle um 20 663, die Zahl der beschäftigten Arbeiter um 50 505, indes sich die Spindeln um 1 612 514 vermehrten. Ähnlich lagen die Dinge in vielen anderen Industrien. Die Umwälzungen im englischen Wirtschaftsleben aber berührten das deutsche angesichts der Stellung der englischen Industrie auf dem binnenländischen Markte und im Zwischenhandel der Nordseehäfen aus nächster Nähe.

Als bedeutendste Vertreter kapitalistischer Produktion erscheinen in Deutschland bis zum Aufkommen der großen Industrie die verschiedenen Arten der Bekleidungsgerberei, der Kleinisenindustrie und der Holzverarbeitung. Neben ihnen stehen einzelne Manufakturen, teils wie Buchdruck und Wagenbau älteren, teils wie Tabak- und Zigarrenfabrikation jüngeren Ursprungs. Stellenweise und in Prozessen mit größerer Arbeitszerlegung hat fabrikmäßiger Zusammenschluß der Teiloperationen Platz gegriffen. Stellenweise gibt der Kaufmann-Fabrikant, der kleinkapitalistische Industrielle der Produktion das Gepräge. Im ganzen aber überwiegt das Verlagsystem, die Abhängigkeit des Produzenten vom kapitalistischen Händler, wie denn mechanischer Betrieb nur vereinzelt vorkommt, die gesellschaftliche Arbeit noch durchaus handwerksmäßigen Charakter bewahrt, die Konkurrenz wider das fremde Fabrikat durch stete Senkung der Löhne und damit des Existenzminimums der Arbeitskraft ausgefochten wird. Verstetigt sich, daß die Erzeugung von Rohstoffen, zumal von Kohle und Eisen, vollends hinter der ausländischen Produktion zurücksteht. Diese Verhältnisse zermürbt nunmehr die Revolution im englischen Wirtschaftsleben von Grund aus, macht sie doch den Wettbewerb vermöge bloßer Lohnsenkung in vielen Industrien, zumal wo Verlängerung des Produktionswegs damit verbunden, zur ausgesprochenen Unmöglichkeit. Die Verwendung von Arbeitsmaschinen, der Übergang zur automatischen Fabrik wurde für das deutsche Kapital ein Gebot der Existenz.

Daher denn auch die verblüffende Schnelligkeit, womit der Umschwung sich vollzog. Um die Mitte der sechziger Jahre musterte Preußen 96 132 Fabriken mit 670 000 männlichen, 90 000 weiblichen, Sachsen 11 700 Fabriken mit 179 000 männlichen, 34 000 weiblichen Arbeitern. Damals bereits überwog der maschinelle Betrieb an mehreren Stellen, so im Eisen-gewerbe in und um Aachen, in einzelnen Teilen der Chemnitzer Textil-industrie, die fünfzehn Jahre zuvor noch keinen mechanischen Webstuhl besaß. In der Handweberei von Glauchau-Meerane — Bebel's erstem Wahlkreis und Zentrum der sächsischen Volkspartei wie später der Eisenacher sozialdemokratischen Arbeiterpartei — arbeiteten 1863 30 700, 1874 4835 Handwebstühle, indes die Zahl der mechanischen Webstühle im gleichen Zeitraum von 230 auf 3807 stieg. Ähnlich wie in Amerika und im Gegensatz zu England fußte diese vehemente Entwicklung auf einer in ihrer Art gran-

dieser Entfaltung des Aktienwesens, auf der engen Verbindung von Bank und aufkommender Großindustrie.

Was Wunder, wenn zwischen den Vertretern des alten und des neuen Kapitals, zwischen Handels- und Industriekapitalismus ein scharfes Ringen anhebt um die wirtschaftliche Führung, das über der Kriegsära der folgenden Jahre sich zugunsten des Letzteren entschied! Was Wunder aber auch, wenn jener Gegensatz, heftige Kämpfe auslösend, in die Arbeiterschaft zurückschlägt! Wie die herrschenden Schichten im Besitz, findet die Arbeiterschaft in der Organisation das Mittel gesellschaftlicher Geltendmachung und Bewegung. Ihr Aufstieg zur Klasse ist der historische Prozeß ihrer Organisation. Aber die Formen der Organisation liegen nicht im freien Ermessen. Geht die proletarische Bewegung aus der Verneinung des kapitalistischen Eigentums hervor, so bedingt die Bewegung des kapitalistischen Eigentums die Formen der proletarischen Organisation. Die organisatorische Einheit der deutschen Arbeiterklasse sollte aus dem sich vertiefenden Zwiespalt des Wirtschafts-, des Arbeitsprozesses erwachsen. Als erste Verwirklichung des erwachten Klassengedankens steht an der Schwelle der deutschen Arbeiterbewegung der Streit der Organisationen um die Form der Organisation.

Als Lassalle in die anhebende Arbeiterbewegung eingriff, trat das Fabrikproletariat noch böllig hinter das Handwerkerproletariat zurück. War die Gründung einer Arbeiterpartei eine Notwendigkeit, dann auch die Anknüpfung an die durch den alten Kapitalismus proletarisierten Schichten des Handwerkes. Um so mehr, als sie, in neue Gärung gesetzt durch den Stachel der fremdländischen Konkurrenz und der beginnenden technischen Revolution, das eigentliche Element der politischen Energie darstellen, ihre Führung innerhalb der Arbeiterschaft eine traditionelle war. So sind bei den „Aufständen“ der Handwerksgefelln zu Hamburg um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts Schneider, Schuster und Tischler die treibenden Kräfte. In der großen Sturmbewegung, die 1791 die Hamburger Arbeiterschaft ergreift und zu einem siebentägigen Ausstand aller Gewerke führt, sowie in den Lohnkämpfen der folgenden Jahre stehen die gleichen Berufe im Vordergrund. Schuster, Schneider, Tischler im Verein mit Tabakarbeitern, deren Gewerbe sich seit 1830 lebhaft ausbreitet, bilden das Rückgrat des Bundes der Kommunisten, sind 1848 die Träger der revolutionären Strömung in der Hamburger Arbeiterschaft. Die gleichen Schichten erscheinen wieder im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Nach einer Auffstellung aus den letzten Wochen des Jahres 1868 gehörten von den 909 Mitgliedern des Hamburger Vereins sieben Neuntel vier Berufen an, nämlich den Schneidern 245, den Tischlern 198, den Zigarrenarbeitern 169, den Schuhmachern 111. Und alles, was wir über die Zusammensetzung des Bundes der Kommunisten wie des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins aus anderen Orten wissen, deutet auf dieselben Berufe oder auf solche, die der gleichen ökonomischen Struktur unterliegen, der Manufaktur oder dem kapitalistisch zersetzten Handwerk angehören.

Auf die Bewegungsverhältnisse dieser Gruppen ist die Präsidialverfassung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zugeschnitten, mit ihrer Gedankenwelt harmonischer die sozialistischen Theorien Lassalles: die Hervorhebung des ehernen Lohngesetzes, die Forderung der Produktivassoziationen, die unklare und mehr ablehnende als fördernde Stellung zu Streik

und Berufscoalition; nicht weil bewußte Anpassung vorläge, sondern weil Lassalles Ansichten mit der Wirtschaftsverfassung Deutschlands in den fünfziger und im Anfang der sechziger Jahre von selber und natürlich übereinkamen. Eben diese Übereinstimmung mit den zurückgebliebenen heimindustriellen Zuständen Deutschlands erklärt Marx' und Engels' Zurückhaltung gegenüber Lassalles geschichtlicher Tat, ließen beide ihr Denken und Handeln doch von den entwickelten industriellen Verhältnissen Englands bestimmen. Eine Zurückhaltung, die sich um so stärker äußerte, als just zu jener Zeit die englische mit der nordamerikanischen Industrie den schärfsten Konkurrenzkampf um die technische Suprematie ausfocht, während Lassalle in der Frage der Berufsorganisation — die Bedeutung des aus der Zukunft überkommenen Klassenwesens für die Entwicklung der letzteren übersehend und im Einklang mit der ökonomischen Rolle der Heimindustrie neben der vordringenden Maschinenindustrie — eher hinter den Forderungen des Revolutionsjahres zurückblieb, denn darüber hinausging. So wenig sich mithin die Berechtigung von Marx' und Engels' Kritik vom Standpunkt der fortgeschrittenen kapitalistischen Ökonomie verkennen läßt, in der politischen Hauptfrage bleiben sie gleichwohl Lassalle gegenüber im Unrecht, in der Frage, ob dessen Theorie und Organisation den gegebenen realen Bedürfnissen der deutschen Arbeiterwelt entsprachen. Und das taten sie. Nicht die wissenschaftliche Erkenntnis den Dingen vorausseilender Geister gibt in der Politik den Ausschlag, sondern die Bewegung der Gesellschaft selbst, die tatsächlich erreichte Höhe der Entwicklung.

Am meisten blieb die Stellung, die Lassalle in seinen letzten Tagen zu Bismarck einnahm, dem Mißverständnis ausgesetzt. Als die Macht der Umstände Bismarck auf die Frage des Wahlrechtes drängte und Lassalle durch schärfere Hervorkehrung der Arbeiterschaft und Fortschrittspartei trennenden Gegensätze die Entwicklung zu unterstützen trachtete, begegnete diese taktische Wendung bei manchen Anhängern der Demokratie schroffem Widerspruch. Das Ausspielen des Wahlrechtes sei ein Fallstrick, bestimmt, die bürgerliche Opposition zu lähmen, die Arbeiterschaft zugunsten des preussischen Cäsarismus einzufangen; ehe denn die Arbeiterschaft ihre Rechnung mit der Bourgeoisie begliche, müsse der bürgerliche Rechtsboden der Gesellschaft errungen sein. Wie bestechend der Einwand schien, sollte er Anerkennung finden, hätte es der Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses mit dem Kampfe um ein konstitutionelles Regierungssystem zunächst ernst sein müssen. Demokraten und Konstitutionelle hatten sich gefunden, die Fortschrittspartei die Hauptforderung der Demokratie, das allgemeine und gleiche Wahlrecht, aus ihrem Gründungsprogramm ferngehalten, um das Verlangen „nach einer Einigung Deutschlands“, die zwar nicht ohne Volksvertretung, aber auch „nicht ohne starke zentrale Gewalt in den Händen Preußens“ gedacht werden könne, an die Spitze zu stellen. Nunmehr versagte auch das Abgeordnetenhaus im Kampfe mit Bureaucratie und Junkertum vollends. War eine schärfere Kritik an jenem „entschiedenen Liberalismus“, der selbst den Namen der Demokratie verpönte, möglich als die Tatsache, daß das allgemeine Wahlrecht ihm in Wahrheit zur Schlinge werden, der dynastischen Eroberung des Großpreußentums die Wege ebnen konnte, Vorgänge, die die Spaltung der Fortschrittspartei, die Abspaltung der Nationalliberalen und ihr Bündnis mit Bismarck

im Schoße trugen! Nicht mit, nur im Widerspruch zu dieser Entwicklung durfte und konnte die deutsche Arbeiterpartei ihren Weg nehmen. War die vom Bürgertum preisgegebene Demokratie ihr natürlicher Ausgangspunkt, die Demokratie selber nur mehr als eine soziale möglich, galt es in erster Linie, der Arbeiterschaft die Mittel und den Boden politischer Bewegung zu schaffen, dann handelte Lassalle vollkommen richtig, wenn er die Oktroyierung des Wahlrechtes betrieb und ihr die nachdrückliche Unterstützung der Arbeiter verhieß.

Überhaupt sah sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein zwischen zwei übermächtige Gegner gestellt. Seine Agitation war im Lichte der bestehenden Gesellschaft um so mehr eine revolutionäre, als jeder gesetzliche Boden der Agitation noch fehlte. Er konnte sich in der Öffentlichkeit nur behaupten, wenn er, unabhängig nach beiden Seiten, Junkertum und Bürgertum widereinander auszuspielen, bei jedem Schritte vorwärts, den Reformgedanken hervorhebend, eine jener beiden großen Gruppen ins Spiel zu ziehen verstand. Eine schwierige und dornenvolle Aufgabe, wie Lassalle selber erfuhr; um so schwieriger und dornenvoller für seinen Nachfolger, als Lassalles eigene Anhänger ihm auf Grund seiner „Antezedenzen“ mit unverhohlenem Mißtrauen begegneten.

II.

Als Schweiger Lassalles Erbe antrat, war die Mitgliedschaft des Vereins gering, das Budget schwach, der Zusammenhalt unter den Gemeinden wenig gefestigt. Der in Lassalles Testament empfohlene Präsident erwies sich als ein charakterloser Schwachkopf, und die Gräfin Hakfeld begann ihre unterwühlende Tätigkeit, die den Verein zwei Jahre hindurch mit den ärgsten Wirren erfüllen sollte. Überdies ergoß sich während des Jahres 1865 eine Welle großer Lohnkämpfe durch ganz Deutschland. Sie stellte die Arbeiterschaft nicht nur vor neue organisatorische Aufgaben, sie belebte in ihr auch die bürgerlich-demokratischen Traditionen, wie die Beschlüsse der seit Lassalles Auftreten zusammengeschlossenen fortschrittlichen Vereine auf dem Stuttgarter Vereinstag im September des gleichen, der Versuch des norddeutschen Arbeitertags im Mai des folgenden Jahres, den linken Flügel jener weiter vorwärts zu schieben, deutlich dartun. Eine Gärung hatte die deutsche Arbeiterschaft, hatte den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein selber ergriffen, die dessen Bestand in hohem Maße gefährdete. Wenn er gleichwohl aus den mancherlei Stürmen gekräftigt hervorging, dann dank der Tüchtigkeit, womit er in bestimmten Lebensverhältnissen des deutschen Proletariats wurzelte, nicht minder aber dank Schweigers geschickter und in allen Fährnissen bewährter Führung. Sie hielt zwei Ziele unberrückt im Auge: den Verein nach innen zu konsolidieren und ihn nach außen zum einheitlichen und geschlossenen Parteikörper zu entwickeln, was in der Hauptsache hieß, ihm in der gegebenen Situation die rechte Taktik weisen.

Lassalles taktische Wendung lag in den Verhältnissen begründet. Aber sie ging in manchen Einzelheiten über das Maß des Notwendigen hinaus, wie seine letzten Reden erkennen lassen, von der vorübergehend erwogenen Aufforderung an Bismarck, Schleswig-Holstein für Preußen zu annektieren, ganz zu geschweigen, da es dahingestellt bleiben muß, ob sie nach der Behauptung der Hakfeld bei Lassalle je beschlossene Sache war. Lassalles

Taktik auf das gebotene Maß zurückzuführen, war eine von Schweizers vornehmsten Aufgaben, und ihr sollte nicht zuletzt jene Erörterung der deutschen Frage in den Artikeln über das Ministerium Bismarck dienen, die bekanntlich so sehr das Mißfallen von Marx, Engels, Liebknecht und anderen Mitarbeitern des „Sozialdemokrat“ erregten, daß sie sich öffentlich von dem Blatte los sagten. Gleichwohl bilden die Artikel eine für die damalige Zeit scharfsinnige historische Untersuchung, wie denn die Wichtigkeit ihrer Grundgedanken von der Geschichte vollauf bestätigt wurde. Bundestag, Österreich, die Klein- und Mittelstaaten zeigten sich in der deutschen Frage ohnmächtig; aktionsfähig seien nur noch zwei Faktoren: preußische Bajonette und deutsche Proletarierfäuste. Entweder Selbsthilfe der Nation, die Revolution — dies sei die für jeden Demokraten selbstverständliche Lösung im deutschen Sinne — oder Vergrößerung Preußens über Deutschland, eine Lösung, an der Bismarck mit großem Erfolg arbeite. Beide Bestrebungen bezweckten die nationale Einheit, unterschieden sich jedoch von Grund aus im Zwecke, dem jene dienen solle. In dem einen Falle trete sie in den Dienst nationaler Selbstbestimmung, im anderen bilde sie das Werkzeug dynastisch-partikularistischer Interessen, und zwar der gemeinschädlichsten, weil mächtigsten. Für einen preußischen Minister, der die Tradition des Preußentums aufgreife, wie der Friede von Subertusburg sie zur staats- und völkerrechtlichen Anerkennung brachte, gebe es keine Umkehr. „Eine preußische Regierung, die in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts deutsches Land zu annektieren beginnt, eine preußische Regierung, die angesichts der offenkundigen, von Kaiser, Königen und Fürsten feierlich proklamierten Unhaltbarkeit der politischen Verfassung Deutschlands die ‚friderizianische Politik‘ (wie ein großdeutsches Blatt sich ausdrückte) wieder aufnimmt, kann nicht stille stehen nach kleinem Siege — weiter muß sie auf der betretenen Bahn — vorwärts, wenn nötig mit ‚Blut und Eisen.‘“ Man könne solche Traditionen ruhen lassen, aber man könne sie nicht aufnehmen, um sie zu ruinieren: ja den Lebensnerv des Staates zu ertöten. Um so weniger, als der Royalismus, der in anderen Ländern nur mehr als Karikatur auftrete, in Preußen sich als „der Schwerpunkt der in hergebrachten Bahnen rotierenden Kräfte“, als Herz und Hirn eines Staatsorganismus von bestimmter geschichtlicher Wesenheit darstelle, „eine wohlbegründete politische Anschauungsweise und Richtung“ bilde. Die Politik der Fortschrittspartei — nicht deutsch und nicht preußisch — verlange deutsche Einheit und preußische Spitze und begreife nicht, daß die erstere eine deutsche Revolution zur Voraussetzung habe und die letztere nur ein Großpreußen zu schaffen vermöge.

Schon beim Erscheinen der Bismarckartikel wurde behauptet, und Bebel's Denkwürdigkeiten wiederholen es, Schweizer habe darin das in der Probenummer des „Sozialdemokrat“ publizierte Programm verleugnet. Drei große Gesichtspunkte, hieß es hier, würden die Haltung des Blattes bestimmen: der Kampf gegen die feudalen Überbleibsel des Mittelalters im europäischen Völkerleben, „wir wollen fördern die Solidarität der Völkerinteressen und der Volksache durch die ganze Welt“; der Kampf gegen die Ohnmacht und Zerrissenheit Deutschlands, „das ganze gewaltige Deutschland wollen wir, den einen freien Volksstaat“; der Kampf gegen die Beherrschung der Gesellschaft durch das Kapital, „wir hoffen zu erkämpfen,

daß, die Arbeit den Staat regiere“. Damit sei „in jeder möglichen Frage mit zwingender Notwendigkeit“ die zu wandelnde Bahn gewiesen. Schweitzer richtet die drei großen Ziele auf, die die Politik des deutschen Proletariats noch heute erfüllen und beherrschen. Taktische Fragen des Augenblicks sollten, konnten und durften die Leitsätze nicht aufwerfen und noch weniger sie beantworten. Erforderten doch schon die nächsten politischen Aufgaben weiteste Freiheit der Bewegung. Im übrigen vergaben die Bismarckartikel der revolutionären und proletarischen Forderung des ganzen Deutschland, des einen freien Volksstaats nichts, den der Sieg des Proletariats allein zu bringen vermag. Aber sie anerkannten, daß durch Schuld des Bürgertums und eben wieder des preußischen Abgeordnetenhauses das deutsche Großpreußentum zu einem unabwendbaren Übel geworden, aus dessen sicherem hereinbrechen das Proletariat für seine Zwecke und damit im Interesse jenes freien Volksstaats der Zukunft das Beste zu machen habe.

Nun war der Wortlaut der Bismarckartikel allerdings nicht in allen Teilen einwandfrei. Sie sprachen von Bismarcks „bedeutender Politik“, von den „tüchtigen Regenten“ Preußens, von dem „mächtigen Genie“ des großen Fritz, „eines großen Königs und gewaltigen Kriegshelden, eines in jeder Beziehung bewunderungswürdigen Mannes“. „Parlamentarismus heißt Regiment der Mittelmäßigkeit, heißt machtloses Gerede, während Cäsarismus doch wenigstens Kühne Initiative, doch wenigstens bewältigende Tat heißt.“ Aber wenn Schweitzer am Ende des zweiten Artikels dem Gedanken Ausdruck ließ, ein wahrhaft preußisches Ministerium könne weder im bloßen Schablonenkonserwativismus die stupide Aufrechterhaltung des gerade Vorhandenen beabsichtigen, wie konservative Ministerien dies lange getan hätten, noch auch „die dem Staate von seiner Geschichte indizierte äußere Politik unter Aufhebung des inneren Charakters des Staates anstreben, wie dies die liberale Partei unter Verlegung des Machtschwerpunktes von der Krone hinweg in das Abgeordnetenhaus beabsichtigte“, so hieß das keineswegs, wie Hebel meint, dem preußischen Abgeordnetenhaus in den Rücken fallen. Noch weniger dachte Schweitzer daran, die Bedeutungslosigkeit des preußischen Parlamentarismus mit der Eigenart des preußischen Staates zu rechtfertigen. Die Macht der Regierung, die bürgerliche Revolution im konterrevolutionären Sinne gegen das deutsche Bürgertum selber durchzuführen, war eine Tatsache, die gerade der Verfassungskonflikt endgültig besiegelt hatte, war die Tatsache, durch die Lassalles taktische Wendung erzwungen worden war.

Man wird Schweitzer so wenig wie Lassalle gerecht, solange man ihre Haltung gegenüber der deutschen Frage unter dem Gesichtswinkel der bürgerlichen Demokratie betrachtet. Zweifellos war das Großpreußentum der Todfeind aller Demokratie, aber das Großdeutschum Österreichs war es nicht minder. Wer immer 1866 siegte, ob Preußen oder Österreich, für die deutsche Demokratie bedeutete es den Eintritt eines unabwendbaren und lange vorher beschlossenen Schicksals. Die neue, die soziale Demokratie stand in den Anfängen, bildete erst ein kleines Häuflein. Der Partikularismus der großen Vormächte beherrschte die Stunde. Und wie 1870 die Niederlage Napoleons dem Proletariat mehr Vorteile verhieß als die Bismarcks, so jetzt die Niederlage Österreichs. Der Sieg Preußens brachte das allgemeine Wahlrecht, der Sieg Saksburgs „erneute Bundestagswirtschaft

mit der alten Schwäche und Wehrlosigkeit Deutschlands dem Ausland gegenüber, mit den lächerlich kleinen Zuständen im Innern, Jesuitentum, eisernen Druck und entmannende Korruption". Als dann Bismarck den entscheidenden Schritt tat und das Wahlrecht wirklich ausspielte, war da Schweitzer vom Standpunkt der Arbeiterklasse im Unrecht, wenn er, mit einer umfassenden Agitation für dasselbe einsetzend, der Frage, ob die Arbeiter in dem Streit der Großmächte Partei ergreifen sollen, ein „Noch nicht!“ entgegenhielt? Wenn aber die Dinge sich so gestalten, „daß in Preußen allein unsere Operationsbasis sein kann, während in Österreich uns wie bisher die Hände gebunden bleiben — dann, ja dann werden wir Partei ergreifen, nicht, wie Bügner und einfältige Schwäger sagen, gegen das Recht und die Freiheit der Nation, wohl aber gegen die österreichische Regierung und die Bundestagswirtschaft“, dann werde die Arbeiterschaft hoffen und das Ihre dazu tun, „daß der Sieg nicht bei den Fahnen Benedek's, sondern bei den Fahnen Bismarck's und Garibaldi's sei“.

Die Bismarckartikel weckten im Lager des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins lebhafteste Diskussionen. Bebels Auffassung: „klar ist, daß das Resepublikum, an das Schweitzer sich wandte, von seinem Plädoyer für Preußen gefangen genommen wurde, und das war sein Zweck“, trifft nach keiner Richtung zu. Im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein fand sich die geistige Elite der Arbeiterschaft zusammen, und Männer wie Frißsche, York, Perl, die beiden Ludorf, von denen der ältere schon im Bunde der Kommunisten und in der Arbeiterverbrüderung mitgetan hatte, der jüngere selber die Feder trefflich zu führen verstand, waren nicht die Tröpfe, sich durch den Schwung etlicher Zeitungsartikel sich selber abtrünnig machen zu lassen. Beschuldigungen, wie Marx und Engels sie erhoben, ertönten von verschiedenen Seiten nachdrücklich auch im Verein. Die Taktik der Bismarckartikel, meinte die Hamburger Opposition, sei ein schädliches Opium, das mit Haß und Abscheu erfüllen, dem man im Interesse der Demokratie jede Anerkennung versagen müsse; sie sei nimmer eine demokratische, „denn die wahre unerschrockene Demokratie bekämpft den Feudalstaat, bekämpft jede Despotie mit offenem Bistier, weil sie die Volksherrschaft in sich bedingt und anstrebt; die Sozialdemokratie muß laut verkünden, daß mit den Millionen, welche die jetzige Junkerwirtschaft für sich verschwendet, wohl am leichtesten die soziale Frage gelöst werden, daß damit die Armut, wenn auch nicht beseitigt, so doch erheblich verringert werden könnte, und aus diesem Grunde allein schon muß sie eine jede Uneinigung zum Despotismus, auch wenn sie nur auf Schein beruht, verschmähen und alle Winkelzüge, die die Wahrheit ihrer Kriegsführung verdecken könnten, verachten“. Es kam über die Frage im Hamburger Verein denn auch zu den schärfsten Auseinandersetzungen, die die hereinbrechende wirtschaftliche Bewegung mit ihren vielfach neuen Problemen keineswegs abschwächte, und die schließlich sogar zur Spaltung führten. Vorliebe für Schweitzer waltete ganz gewiß nicht ob. Die Arbeiter, die selbst der Führung Lassalles nicht ungeteilten Beifall gezollt hatten und mehrfach den eigenen Weg im Gegensatz zu ihm gegangen waren, um wie vieles selbständiger mußten sie dem mit Mißtrauen und Abneigung behandelten Schweitzer entgegentreten! Begegnete doch die geplante Gründung des „Sozialdemokrat“ vor wenigen Monaten noch an manchen Orten lebhaftem Widerspruch, und auch die Düsseldorfser

Generalversammlung stimmte ihr nicht ohne Weitläufigkeiten zu, während sie Schweizer selber bei der Wahl zum Vorstand durchfallen ließ. Wenn trotzdem die erdrückende Mehrheit des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins sich zu den Bismarckartikeln bekannte, so deshalb, weil die in ihnen entwickelte Taktik dem Zwange der Umstände entsprach, jeder Rückfall auf die bürgerlich-demokratischen Schlagworte im Norden Deutschlands dem Verzicht auf die selbständige Arbeiterbewegung, der Vernichtung von Lassalles Werk gleichgekommen wäre.

So wenig wie Marx und Engels war die Gräfin Gatzfeld mit Schweizers Haltung einverstanden. In leidenschaftlicher Trauer um den toten Freund machte sie jedes Wort Lassalles zu einem Evangelium, an dem nicht gerüttelt werden dürfe, ein Buchstabenglaube, der um so eher irre leitete, als sie nicht durch den Sozialismus zu Lassalle, sondern durch Lassalle zum Sozialismus gekommen war. Sie hätte zudem nicht eine geborene Aristokratin sein müssen, „wenn die taktische Wendung Lassalles in ihr nicht Neigungen und Sympathien erweckt hätte, von denen Lassalle selbst sehr weit entfernt gewesen war. Der ‚große Minister‘, den Lassalle als Schachfigur betrachtet hatte, wurde ihr zum Ideal.“ Den Verein nach rechts zu schieben, ward unbewußt Sinn und Inhalt der Kämpfe, die sie zunächst um die Besetzung, dann um die Erhaltung des Präsidiums in der spezifisch Lassalleschen Form entfachte. Sie begann damit, die Abstimmung über jene von Lassalle erwogene Resolution hinsichtlich der Annexion von Schleswig-Holstein zu fordern. Noch deutlicher erwies sich, wohin im Grunde ihre Politik geführt hätte, bei den Wahlen zum konstituierenden Reichstag. Sie erschien mit einem Programm, das Bismarcks Plänen aufs weiteste entgegenkam, die freudige Überraschung der Konservativen wie der eben entstehenden Nationalliberalen auslöste und in der Forderung gänzlicher Beseitigung jeder Föderation und jedes Staatenbundes durch Vereinigung der deutschen Stämme zu einer innerlich und organisch verschmolzenen Staatseinheit gipfelte. „Durch Einheit zur Freiheit!“ Schweizer trat diesen Tendenzen mit rücksichtsloser Entschiedenheit entgegen. Jene Resolution votieren zu lassen, lehnte er bestimmt ab, unbekümmert darum, daß die schleswig-holsteinischen Mitgliedschaften darüber von ihm abfielen. Das Wahlprogramm der Gräfin aber setzte er durch einen geschickten Schachzug lahm. Um der Entfesselung eines jetzt doppelt verhängnisvollen Zwistes vorzubeugen, machte sich die Generalversammlung des Vereins, die am 27. Dezember 1866 zu Erfurt tagte, auf Schweizers Rat das Programm der Gräfin mit einigen unzweifelhaften, wenn auch nicht durchgreifenden Verbesserungen zu eigen. Lag darin eine Gefahr, so ließ sich doch erwarten, daß die Verführungskünste, die mit jenem Programm getrieben werden konnten, an der Kerntruppe des Vereins abprallen würden, um so mehr, als Schweizer den probaten Rat erteilte, bürgerliche Arbeiterfreunde erst in zweiter Linie nach ihrer Stellung zum Erfurter Wahlprogramm, in erster Linie aber zu fragen, ob sie das Proletariat als Klasse vertreten wollten, und im Falle einer ausweichenden Antwort ihnen sofort den Rücken zu kehren. Schweizers Voraussicht bewährte sich, womit der Kampf um die Liquidation der Lassalleschen Erbschaft in den eigenen Reihen ein zweites Mal und nunmehr endgültig entschieden war. Annehmen aber, der Reptilienfonds habe just den Mann honoriert, der selbst den Schimmer

einer Möglichkeit für immer zerstörte, den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein der Regierung dienstbar zu machen, hieße die sprichwörtliche Beschränktheit der Bureaucratie denn doch merklich überschätzen. Nicht verwunderlich aber ist es, daß Bismarcks Gerichte Schweizer inmitten seiner Tätigkeit auf ein Jahr in Haft setzten, deren Unterbrechung er unter Berufung auf die angegriffene Gesundheit juist in dem Augenblick zu erlangen wußte, als das Programm der Gakfeld auftauchte und die Lage des Vereins am meisten gefährdet war.

Wie gegenüber dem rechten, hatte Schweizer gegenüber dem linken Flügel der bürgerlichen Welt die Selbständigkeit des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu wahren. Auch diese Aufgabe bot erhebliche Schwierigkeiten. Nichts irriger als die Vorstellung, Lassalles Taktik habe seine Anhänger zu blinder Opposition wider Fortschritt und bürgerliche Demokratie gestachelt. So wenig Lassalle dies wollte, hätte er es gekonnt; dafür beherrschte die bürgerlich-demokratische Tradition die Mitglieder des Vereins wie die ganze Arbeiterschaft zu lebhaft. Da die wirtschaftliche Bewegung noch keinen gesetzlichen Boden fand und zumal bei der Allseitigkeit und Plöglichkeit ihres Auftretens unmittelbar politisches Gepräge gewann, ließ sie nicht nur die gegebenen Grenzen zwischen politischem und wirtschaftlichem Kampfe in manchem Betracht verkennen, sie lenkte das Denken der Arbeiterschaft notwendig auf das politische Gebiet, und zwar im bürgerlich-demokratischen Sinne. Daß dieser Prozeß die Diskussion über die Bismarckartikel verschärfte, wurde erwähnt. Damit nicht genug, wandelte er sie stellenweise zu einem Ringen um den maßgebenden Einfluß auf die wirtschaftliche Bewegung. Ging doch der erste Versuch, in die Streiks Organisation zu bringen, in Hamburg von jener demokratisch-oppositionellen Richtung aus, und die Leitung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins vermochte der heraufbeschworenen, zeitweilig kritischen Situation nur zu begegnen, indem sie im günstig ergriffenen Augenblick den organisatorischen Notwendigkeiten in erhöhtem Maße Rechnung trug, ohne freilich den Gegensatz zwischen Verein und Arbeiterrat, dem ersten Ortskartell, dauernd und völlig ausschalten zu können. Mehr noch als nach der wirtschaftlichen, bedurfte die Situation nach der politischen Seite der Klärung. Gegen die „demokratische Allianz“, an der sich beispielsweise die Hamburger Mitgliedschaft bei den dortigen Bürgerschaftswahlen im Herbst des Jahres 1865 beteiligte, erhoben sich vom Standpunkt der Arbeiterpartei schwere Einwände. Setzten doch die Fortschrittler durch, daß die Kandidaten der Demokratie auf das allgemeine und direkte Wahlrecht nicht verpflichtet werden durften, wie denn darüber hinaus die Beteiligung der Führer des Arbeitervereins im Vorstand einer Kleinbürgerlich-demokratischen Parteiorganisation an und für sich etwas Zwiespältiges und Bedenkliches besaß.

Auf politischem Felde griff nun Schweizer mit einer Reihe klarer Artikel ein. Einer abstrakten Vorstellung zuliebe übersehe die bürgerliche Demokratie den gewaltigen Klassengegensatz der modernen Gesellschaft. Eben deshalb teile sie das Schicksal jedes abstrakten Prinzips. Sobald es ernst werde im Kampfe der Klassen, gehe die eine wie die andere über die reine Demokratie zur Tagesordnung über. In politischer Beziehung, wo man gemeinsame Ziele habe, sei ein Zusammengehen möglich. In sozialer Beziehung aber trenne eine unübersteigbare Kluft. „Die bürgerliche Demo-

kratie kann nicht sozialistisch sein; es ist dies ein Widerspruch in sich. Wäre die bürgerliche Demokratie sozialistisch, so hätte sie aufgehört, bürgerliche Demokratie zu sein.“ Die Arbeiterpartei dürfe demgegenüber ihre Selbständigkeit um so weniger aufgeben, als es gerade ihre Aufgabe sei, „denjenigen Elementen ihrer Brüder, die noch nicht zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gekommen sind, wie eine flammende Speersäule voranzuschreiten und ihnen ein Leuchtturm zu sein im Sturme der politischen Kämpfe und im Intrigenspiel der selbstüchtigen Parteien“. Als über dem Ausbruch des Krieges und im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlkämpfe der großdeutsch-demokratische und der fortschrittliche Flügel des Bürgertums zu Hamburg um die Sympathien der Arbeiter in großen öffentlichen Auseinandersetzungen warben — die Wortführer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zeigten sich gespalten, wie denn ihre Vertreter in der geheimen Sitzung der Bürgerschaft anlässlich der Kriegserklärung, soweit ersichtlich, sich im großdeutschen Sinne aussprachen —, entschied sich die Arbeiterschaft mit erdrückender Mehrheit für den Standpunkt der Fortschrittler: die Unterstützung Preußens im gegebenen Augenblick sei Pflicht der Nation, da materielle Einheit und deutsches Parlament auf Grundlage unbeschränkter Wahl nur durch Preußen zu erreichen sei. Eine großdeutsch-demokratische Taktik in diesem Augenblick hätte die norddeutschen Arbeiter in die Arme der Fortschrittler zurückgetrieben zur selben Zeit, wo sie als Partei die politische Bühne betreten sollten. Man versteht, wenn Fortschrittler und Demokraten einträchtig sich über den „Fluch des Schweikertums“ einrästeten, der auf der Arbeiterschaft lastete.

Nach Erledigung der inneren Auseinandersetzungen konnte die Generalversammlung zu Braunschweig vom 19. und 20. Mai 1867 die Reorganisation des in den Wirren arg heruntergekommenen Vereins in Angriff nehmen. Das aufgestellte Programm — mit dem Wahlprogramm von Erfurt machte man natürlich reinen Tisch — muß in theoretisch-sozialistischer Hinsicht als das entwickeltste irgend eines politischen Flügels der Arbeiterbewegung damaliger Zeit angesprochen werden. Wichtiger noch erscheint die innere Erneuerung der Organisation. Gelingen es nicht, diese zu voller Einheitlichkeit zurückzuführen und strengste Parteidisziplin herzustellen, dann tue der Verein besser, sich aufzulösen und zur Verwirklichung der Bassalleischen Idee bessere Zeiten abzuwarten. „Einheitlich in festgeschlossener Masse durchs ganze Vaterland“ müsse der Verein dastehen, wolle er die Zahl, die eigentliche Waffe der Arbeiterschaft zur Geltung bringen. Der Verein gehe, hieß es im Programm selbst, „von der Erkenntnis aus, daß die von Ferdinand Lassalle ihm gegebene Organisation wesentlich und untrennlich mit seinen Zwecken zusammenhängt. Der Gedanke dieser Organisation besteht darin, daß die Arbeiterklasse durch ganz Deutschland zu einem einheitlich zusammenwirkenden und einheitlich geleiteten agitatorischen Körper verbunden sein soll“, da nur so den Bestrebungen der Arbeiterklasse der Erfolg verbürgt sei. Nicht auf eigene Faust, allein in der Unterordnung unter das große Ganze könne ein jeder erfolgreich an seinem Plaze wirken. „Der Verein muß daher jeden, der sich nicht zur Organisationsidee bekennt, ebenso wie jeden, der nicht den Prinzipien anhängt, als einen Gegner der Arbeiterklasse betrachten.“ Diesen Leitsätzen entsprachen die ergriffenen Maßnahmen, die die Anhänger der Sakfeld zum Austritt

und zur Gründung eines Sonderbundes, des „Lassalleschen“ Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins veranlaßten.

So war unter den schwersten Kämpfen die Geschlossenheit des Vereins errungen, der Verein zum bestimmt umrissenen politischen Körper, zur Partei geworden. In der Sache verwandelte die Reorganisation die moralische Diktatur, die Schweizer seit Lassalles Tod besaß, in eine politische, stellte sie sich als eine beträchtliche Stärkung der Präsidialmacht dar, die ihren deutlichen Ausdruck in dem Antrag der außerordentlichen an die ordentliche Generalversammlung fand, den Präsidenten jeweils sechs Wochen vor der ordentlichen Generalversammlung zu wählen. Wie im Vordergrund der inneren Auseinandersetzungen der Organisationsgedanke stand, den taktischen Problemen organisatorische Fragen zur Unterlage dienten, erwuchs aus alledem das köstlichste Erbeil, das die Lassallesche Bewegung der deutschen Arbeiterschaft vermittelt hat, der straffe, unerbittliche, durch nichts zu zerstörende Organisationsgeist. Was natürlicher aber, als daß der ideale Schwung des Organisationsgedankens, der die Lassallesche Bewegung beherrscht, in jenen Kämpfen sich aufs innigste mit dem Organisationsgebilde verwob, in dem er seinen Boden fand? Der Wucht des ersteren entsprach die Wertschätzung der konkreten Organisationsform. Gleich der Gafeldgruppe unterstrich auch das Braunschweiger Programm den spezifisch Lassalleschen Charakter der Organisation, und wie die Berufung auf das Wort des Stifters, an den gegebenen Grundlagen festzuhalten, sie würden die deutsche Arbeiterschaft zum Siege führen, in die Zukunft des Vereins hinüberging, so auch die Auffassung, die Lassallesche Organisation sei nicht nur durch bestimmte Verhältnisse bedingt und an sie gebunden, sondern von Zweck und Wesen des Vereins, will sagen des proletarischen Kampfes überhaupt unzertrennlich. Was anderes aber als eine Widerspiegelung dieser Auffassung ist es, wenn in Schweizers Kopf sich der Gedanke einnistet, die Kräftigung der Präsidialmacht bedinge das weitere Gedeihen des Vereins, wenn ihm diese Idee aufs engste mit der eigenen Person verwächst in dem Bewußtsein, daß die Zeit der schlimmsten Fährnisse ihn als den erlesenen Führer erprobt und emporgetragen hatte?

Inzwischen aber nahmen neue Gruppen der deutschen Arbeiterwelt, mit denen der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein sich auseinanderzusetzen hatte, die Organisationsarbeit auf, und gerade die Wirkungen der Reorganisation machten eine persönliche Diktatur bald überflüssig. (Schluß folgt.)

Zur Judenfrage in Rußland.

Von J. Leder.

I.

Als vor einigen Jahren die sozialistische Presse Veranlassung nahm, die Judenfrage zu besprechen, geschah dies einerseits infolge der Pogrome, andererseits wegen der Differenzen zwischen der jüdischen Arbeiterorganisation und der russischen Sozialdemokratie. Letzterer Punkt hat jegliches praktische Interesse verloren, der erstere aber hat erhöhte Bedeutung gewonnen.

Zwar gibt es gegenwärtig in Rußland keine jüdischen Pogrome im eigentlichen Sinne des Wortes. Die jüdischen Bankiers können in aller